

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 116. Ratssitzung vom 25. November 2020**

### **3248. 2019/244**

**Motion von Nadia Huberson (SP), Përparim Avdili (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2019:**

**Kostenlose Einbürgerung für junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr, Änderung der Verordnung über die Gebühren für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

***Nadia Huberson (SP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1334/2019): Die Hürden für eine Einbürgerung sind nach wie vor sehr hoch. Das zeigt sich auch daran, dass die Schweiz das Land mit der strengsten Einbürgerungsprozedur weltweit ist. Gut ein Drittel der Bevölkerung der Stadt Zürich hat heute keine Möglichkeit, in politischen Fragen mitzuentcheiden, weil sie das Schweizerische Bürgerrecht nicht hat – obwohl die meisten hier auf die Welt gekommen und aufgewachsen sind. Es stellt sich immer wieder die zentrale Frage eines demokratisch organisierten Staats. Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass, die aber seit vielen Jahren hier leben, Steuern zahlen, arbeiten und unsere Stadt mitgestalten, werden aus dem politischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht ausgeschlossen. Das ist nicht gerechtfertigt. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene, deren Eltern den Schweizer Pass nicht besitzen, ist es besonders frustrierend, dass sie – anders als ihre Schweizer Arbeitskollegen, Freunde oder Bekannten – von politischen Rechten ausgeschlossen sind. Sobald sie ein Einbürgerungsgesuch einreichen wollen, werden ihnen Hürden gestellt. Eine Einbürgerung kostet nämlich 800 bis 1000 Franken. Eine solche Summe haben nur die wenigsten zur Verfügung. Mit einem Lehrlingslohn oder einem Nebenjob neben dem Studium ist das nicht zu finanzieren. Das hält junge Menschen davon ab, sich einbürgern zu lassen. Mit einer Reduktion des finanziellen Hindernisses zum Schweizerischen Bürgerrecht erhalten viele junge Menschen endlich die Möglichkeit, nicht nur mitzubestimmen, sondern auch mit ihrem Engagement das politische Milizsystem zu stärken. Wir freuen uns, dass der Stadtrat bereit ist, unsere Motion entgegenzunehmen und die Gebühren von 250 Franken für die Aufnahme ins Bürgerrecht für die jungen Menschen streicht.*

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juli 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Nach meinem flammenden Votum für Einbürgerung und unsere Willensnation, bin ich unverdächtig, Ihre Forderung abzulehnen. So wie die Sprecherin eben in einer mitleidenswerten Art und Weise erzählte, dass ein grosser Teil der Menschen wegen der hohen Kosten nicht teilnehmen könne,*

entstand der Eindruck, es gehe um 10 000 Franken. Wir sprechen aber effektiv von 250 Franken, die junge Menschen zahlen müssen. Junge Menschen geben an einem Samstagabend in einem Club teilweise hunderte Franken aus, um Party zu machen. Alleine der Clubeintritt summiert sich über einen Monat auf den Betrag, den Sie hier als so erdrückend schildern. Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Vor einigen Jahren hat die Einbürgerung noch zehntausende Franken gekostet. Die Kosten sind in den letzten Jahrzehnten massiv gesunken. 250 Franken sind viel zu billig und man müsste den Betrag erhöhen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Der Stadtrat unterstützt das Anliegen der Motion, weil es ihm wichtig ist, dass sich Personen, die die Voraussetzungen erfüllen, auch tatsächlich einbürgern lassen. Es ist im Interesse der ganzen Gesellschaft, dass direktdemokratische Entscheide möglichst breit abgestützt sind. Wir sind überzeugt, dass das auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt. Eine Studie der Universitäten von Zürich, Stanford und Mannheim wiesen nach, dass insbesondere eine frühe Einbürgerung die Integration stark fördert. Je jünger sich Personen einbürgern lassen, umso mehr fördert das auch ihre soziale, politische und berufliche Integration. Im Weiteren ist das Erteilen der Staatsbürgerschaft auch ein Zeichen der Zugehörigkeit. Das Gefühl, ohne Schweizer Pass ausserhalb der hiesigen Gesellschaft zu stehen, kann umgekehrt dazu führen, dass sich Personen abwenden, zurückziehen und sich im schlimmsten Fall zu einer Parallelgesellschaft entwickeln. Es ist darum umso wichtiger, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Stadt, die hier aufgewachsen sind und ihre Ausbildung absolviert haben, einen möglichst einfachen Zugang zur Schweizer Staatsbürgerschaft zu ermöglichen und sie auch so früh wie möglich an unseren politischen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Das Erlangen der Staatsbürgerschaft ist an verschiedene Faktoren gekoppelt – einer davon sind die finanziellen Hürden. Diese sollen möglichst tief sein. Der Stadtrat setzte sich vor diesem Hintergrund auch bereits bei der Vernehmlassungsantwort an den Regierungsrat zum neuen kantonalen Bürgerrechtsgesetz dafür ein, dass Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre im ganzen Kanton von den Einbürgerungsgebühren befreit werden.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Anken (SVP):** Die FDP jammerte über die administrativen Hürden und darüber, wie schwierig und kompliziert es sei, sich einbürgern zu lassen. Aber auch für das Ausfüllen der Steuererklärung muss man jeden hinterlegten Beleg zusammensuchen, weil die Steuerbehörde sonst Abzüge nicht akzeptiert. Es sollte zudem möglich sein, Belege zu organisieren, die nachweisen, dass die eigene Mutter fünf Jahre in der Schweiz die Schule besuchte. Es geht in der Motion also nur um Geld und nicht um administrative Hürden. Sie wollen die Einbürgerung einfach kostenfrei machen. Ein Lehrling oder eine Lehrtochter verdient zwischen 800 und 1200 Franken jeden Monat. Ein Handy kostet ein

*Vielfaches von 250 Franken. Trotzdem soll es angeblich unmöglich sein, für die Einbürgerung 250 Franken zu sparen. Samuel Balsiger (SVP) hat bereits gesagt: Was nichts kostet, ist nichts wert. Die Einbürgerung ist immer noch freiwillig. Auch wenn Sie die Menschen am Ende in einer Sänfte vors Stadthaus tragen, wollen sie sich nicht einbürgern lassen. Ich kenne viele Menschen aus der dritten Generation, die sich nicht einbürgern lassen wollen, auch wenn sie perfekt Zürichdeutsch sprechen. Sie haben schlicht kein Interesse daran. Man kann niemanden zwingen, sich einbürgern zu lassen.*

**Pärparim Avdili (FDP):** *Wir sprachen heute bereits darüber, wie wichtig es ist, die einbürgerungshemmenden Hürden abzuschaffen. Wir haben fast alle erkannt, dass die jetzige Ausgangslage ein Problem darstellt. Die Stadt Zürich hat einen hohen Anteil Ausländer, die hier aufgewachsen sind und sozialisiert wurden. Um diese Menschen geht es in dieser Motion. Samuel Balsiger (SVP) hielt eben eine flammende Rede über die Willensnation. Er sprach davon, die Menschen ins Boot zu holen, da sie bereits zur Gesellschaft gehören. Man müsse es ihnen einfach machen, dann würden sie sogar die SVP wählen. Auch ich glaube, dass es sich bei diesen Menschen nicht nur um Linke handelt. Der Ablehnungsantrag von Samuel Balsiger (SVP) macht aber keinen Sinn. Einbürgerungshemmend sind unter anderem auch Gebühren. In diesem Fall geht es aber nicht explizit nur um Gebühren; es geht grundsätzlich um die Message, die wir den jungen Menschen vermitteln. Wenn beispielsweise zwei Freundinnen zusammen aufwachsen und zusammen die Schule und Ausbildung absolvieren, haben sie bis zu ihrem 18. Geburtstag das Gefühl, dass für sie die gleichen Regeln gelten. Mit 18 Jahren wird aber der Freundin ohne Schweizer Pass klar gemacht, dass sie, nur weil sie einen Pass weniger hat, kein demokratisches Recht hat – auch wenn sie zur Gesellschaft dazugehört. Es geht in diesem Vorstoss explizit um junge Erwachsene und Kinder, die hier aufgewachsen sind. Wenn wir den Kindern unserer Gesellschaft nicht von Anfang an vermitteln, dass sie dazu gehören und Teil und vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft sind – mit allen Rechten und Pflichten – verlieren wir sie. Das Engagement muss aber auch in die andere Richtung gehen. Wir müssen den Menschen aufzeigen, dass es sich lohnt und wertvoll ist, sich für unsere Gesellschaft in der Schweiz einzusetzen. Die Hürden auf dem Weg dahin sind aber nicht einfach wegzustecken. Auch 600 Franken bis 800 Franken sind ein Problem für Lehrlinge. Es gibt neben den Gebühren viele andere Hürden wie Wohnsitzfristen und willkürliche Frageninterviews. Es ist besonders für junge Menschen wichtig, dass wir diese Motion unterstützen und ihnen ein wichtiges Signal senden.*

**Roger Föhn (EVP):** *Ich kenne kaum ein Land, in dem man sich kostenfrei einbürgern lassen kann. Das Bedürfnis, sich einbürgern zu lassen, ist meiner Meinung nach bei vielen jungen Menschen gar nicht vorhanden. Ich kenne viele junge Ausländer aus dem EU-Raum, für die der Schweizer Pass nicht erstrebenswert ist. Geht es in dieser Motion wirklich nur um die 250 Franken oder geht es vielleicht auch darum, Wähler zu gewinnen? Es wurde vorhin von Wertschätzung gesprochen. Wertschätzung hat nichts mit einem Pass zu tun. Ich finde, wir sollten jeden Menschen wertschätzen, unabhängig vom Pass. Auch wir von der EVP sind der Meinung: Was nichts kostet, ist nichts wert. Aus*

*diesem Grund lehnen wir die Motion ab.*

**Dr. David Garcia Nuñez (AL)** stellt folgenden Textänderungsantrag: *In diesem Thema haben sich viele die Frechheit geleistet, über Menschen zu sprechen, die sie nicht vertreten. Samuel Blasiger (SVP) belehrte uns, was die Latinominderheit für konservative Ansätze haben könnte. Sie täuschen sich, wenn Sie meinen, dass alle Latinos gleich sind. Es wurden viele Dummheiten über die Schweiz als Willensnation gesagt. Welches Land der Welt ist keine Willensnation? Ich komme aus Spanien und ich habe genug von den Nationalismusdebatten der letzten zehn Jahre. Ich weiss, was es an Willen braucht, um sich einbürgern zu lassen. Ich selbst kam mit 12 Jahren in die Schweiz und schloss als drittbester aus meinem Kanton die Matura ab. Ich studierte sechs Jahre Medizin und am Schluss sagte mir der Staat, ich dürfe nicht mit dem Titel praktizieren, weil ich nicht das richtige Papier habe. Das führte dazu, dass ich den Weg auf mich nahm und viel Zeit aufwendete, um all die Dokumente zusammen zu sammeln. Es kostet mich mehrere tausend Franken und viel Zeit, bis ich die Bestätigung bekommen habe. Sie sagten heute mehrmals: Was nichts kostet, ist nichts wert. Was haben Sie eigentlich bei Ihrer Geburt für ihre Nationalität gezahlt? Wie viel Franken hat Sie das gekostet? Ist Ihre Nationalität folglich nichts wert? Es geht hier um Gerechtigkeit. Ihnen als geborene Schweizer und Schweizerinnen wird etwas geschenkt und anderen nicht. Deshalb ist die AL der Meinung, dass der Gebührenerlass nicht nur für die jungen, sondern für alle gelten soll. Dementsprechend stellen wir einen Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Streichung von Artikel 4 und 6 der Verordnung über die Gebühren für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Zürich vorzulegen, so dass für alle die Einbürgerung kostenlos ist.» Ich bitte die Motionärinnen den Textänderungsantrag zu unterstützen, damit wir diese Ungerechtigkeit beseitigen können.*

**Nadia Huberson (SP):** *Es geht in dieser Motion nur um die 250 Franken Gebühren für die Einbürgerung der Stadt. Dazu kommen noch die kantonalen Gebühren und die Gebühren auf Bundesebene. Es klingt vielleicht einfach, die Formulare auszufüllen und die Rechnungen zu zahlen. Das Einreichen der Unterlagen ist aber mit einem grossen bürokratischen Aufwand verbunden. Für meine Einbürgerung musste ich diverse gebührenpflichtige Dokumente wie Strafregisterauszug oder Wohnsitzbestätigung bestellen. Die Identitätskarte und der Reisepass kosten zusätzlich Geld. Es gibt Länder, die das sogenannte Ius-soli-Prinzip kennen. Wenn ein Kind in einem dieser Länder auf die Welt kommt, wird es automatisch eingebürgert. Wir zwingen niemanden dazu, sich einbürgern zu lassen. Meine Eltern sind seit über 40 Jahren in der Schweiz und wollen sich nicht einbürgern lassen. Auch wenn ich das frustrierend finde, ist das ihre Entscheidung. Wir müssen aber den Jungen, die sich einbürgern lassen wollen, die Chance geben, hier mitzubestimmen und mitzuwählen – und zwar in einer einfachen, nicht zu teuren Prozedur. Wir lehnen die Textänderung der AL ab, weil die Motion explizit auf junge Menschen fokussiert.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Es geht in dieser Motion um eine junge Zielgruppe. Je jünger jemand eingebürgert werden kann, desto schneller und desto stärker sollte man dieser*



5 / 5

*Person entgegenkommen. Die Motivation ist nämlich am grössten, wenn man jung ist. Sie sollte auf keinen Fall gestoppt werden, auch wenn die Preissenkung eine kleine Geste ist. Das Verfahren ist sehr kompliziert. Der Staat kann mit der Preissenkung denen entgegenkommen, die möglichst schnell eingebürgert werden sollten, damit sie ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen können. Ausserdem haben junge Menschen noch nicht unbedingt die notwendigen finanziellen Ressourcen für die Einbürgerung.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Dr. David Garcia Nuñez (AL) sprach davon, dass die SVP kein Recht habe, sich zu äussern, weil wir die Menschen nicht vertreten würden. Eine Studie weist aber nach, dass Eingebürgerte an zweiter Stelle SVP wählen. In dieser ganzen Studie kommt nirgends die AL vor. Viele Eingebürgerte und viele Menschen aus der dritten Generation sind viel rechter als Schweizer SVPler. Dieses Reservoir müssen wir als SVP anzapfen. In den USA holte Trump mit einer sehr schönen, nationalistischen Politik viele Gruppen wie die satte Mehrheit der Latinos in Florida weit nach rechts. Man muss die Menschen nur ansprechen. Diese Menschen dürfen in der politischen Kommunikation der rechten Parteien nicht ausgeschlossen werden. Wenn die rechten Parteien in der Schweiz und in Europa merken, dass hier ein grosses Reservoir angezapft werden kann, wird es einen massiven Rechtsrutsch geben. Vor wenigen Monaten half ich meinem Exfreund bei der Einbürgerung. Er ist unterdessen in der Stadt eingebürgert und auch er hat am Montag nach den SVP-Parolen gewählt. Viele, die aus dem Ausland kommen, haben einen ganz anderen Bezug zu Materialismus und zu Eigentum und konservativen Werten.*

Die Motion wird mit 99 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat